

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14.00 fl., monatl. 4.00 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4.50 fl. Bei Postbezug vierteljährlich 16.08 fl., monatl. 5.36 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 fl. Danzig 3 fl. Oberschlesien 2.50 fl. M.R. — Einzelnummer 25 fl. Sonntags 30 fl. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsmindererlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 90 mm breite Kolonzeile 30 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 250 Groschen. Danzig 20 fl., 150 fl. Pf. Deutschland 20 fl., 150 Goldfl., übriges Ausland 100%. Aufschlag. — Bei Postvorricht und schwierigem Sach 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erlaubt. — Offertgebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postleitkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 136.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

52. Jahrg.

Bromberg, Sonnabend den 16. Juni 1928.

Kritik an der polnischen Justiz.

Rede des Abg. Spitzer vom Deutschen Parlamentarischen Club zum Justizetat, gehalten in der Plenarsitzung vom 11. Juni.

Hoher Sejm! Wenn ich im Namen des Deutschen Parlamentarischen Clubs zum Justizetat Stellung nehme, so bin ich mir darüber klar, daß wir es mit einem der wichtigsten Staats zu tun haben, was übrigens einige der Vorredner bereits unterstrichen haben. Ein lateinisches Sprichwort besagt: "Justitia fundamentum regnum". Dieses Wort ist in jeder Hinsicht zutreffend, denn von einer Rechtspflege, die schnell ordnungsmäßig arbeitet, ist im höchsten Maße das normale Funktionieren der Staatsmaschine abhängig.

Das alles hat eine um so erheblichere Bedeutung, sofern es sich auf einen Nationalitätsstaat bezieht, wie ihn die Republik Polen heute darstellt. In einem solchen Staate ist die vollständige Gleichberechtigung und gleiche Behandlung aller Bürger, welche zwar von der Verfassung garantiert wird, jedoch in Wirklichkeit abhängig ist von der Verwaltung und Gerichtspraxis und natürlich auch von der Vereinstimmung der Gesetzgebung mit der Verfassung — meine Vorredner haben bereits mehrfach den Mangel solcher Vereinstimmung gerügt —, in einem solchen Staate ist diese Gleichberechtigung in der Tat Grundlage des Regierens.

Wenn wir den Justizetat von den oben angeführten Gesichtspunkten aus betrachten, so finden wir leider ein weites Feld für die Kritik. Wenn ich zu der Betrachtung der verschiedenen Zweige der Rechtspflege im einzelnen übergehe, so muß ich bemerken, daß diese Betrachtung infolge der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht erschöpfend sein, sondern nur darauf beruhen kann, daß einige wichtige Punkte heraustragen werden.

Ich beginne mit der

Zivilgerichtsbarkeit,

welche, nebenbei bemerkt, eine größere Rolle spielt, als die Öffentlichkeit gewöhnlich annimmt. Von der schnellen und gerechten Entscheidung aller der zahlreichen Streitigkeiten, welche bei der Abwicklung von Geschäften aller Art entstehen, hängt nämlich in hohem Maße das Vertrauen des Bürgers zum Staate ab, sowie vor allem auch die Möglichkeit des Kredites, insländischen wie besonders auch ausländischen. Wer wird sein Kapital ausleihen, wenn er nicht die Sicherheit der schnellen Realisierung der fällig gewordenen Schuld hat. Daß aber die Entwicklung des Kreditverkehrs in der heutigen Zeit Grundlage und Bedingung der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaft ist, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Aus diesem Grunde müssen wir die schnellste Erledigung der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten fordern. Die Wirklichkeit läßt in dieser Hinsicht sehr viel zu wünschen übrig. Ich spreche hier insbesondere vom früheren preußischen Teilgebiet, dessen Verhältnisse mir gut bekannt sind. Ich glaube jedoch nach dem Eindruck, den ich von den hier gehaltenen Reden davongetragen habe, daß die Verhältnisse in den andern Teilgebieten nicht viel besser sind.

Ganz einfache Zivilprozesse dauern jahrelang, sofern es sich aber um besonders komplizierte Sachen handelt, welche gewöhnlich auch besonders wichtig sind, so kann man unter Umständen eine Entscheidung überhaupt nicht erleben. Häufig erledigen zum Glück die verzweifelten Parteien eine solche Sache durch Vergleich; das Ansehen der Justiz leidet jedoch auch in solchen Fällen außerordentlich. Es ist mir bekannt, daß dieser Zustand teilweise von der ungenügenden Anzahl von Richtern und vor allem auch Kanzleikräften herruht. Weil es sich jedoch hierbei um eine Frage von kardinaler Bedeutung handelt, darf man sich nicht auf die respektierende Behauptung beschränken, daß die Schaffung einer genügenden Anzahl von etatsmäßigen Stellen unmöglich ist. Die Bevölkerung hat ein um so größeres Recht auf eine hinreichende Belebung der Gerichte, als die Gerichtskosten gegenwärtig sehr hoch sind. Insbesondere die Anstellung einer genügenden Anzahl von Kanzleikräften dürfte nicht auf große Hindernisse finanzieller Natur stoßen, und gerade der Mangel an solchen Kräften trägt ganz erheblich zur langsamem Ablauf der Geschäfte bei.

Eine weitere Ursache des allzu langsamens Ganges der Rechtspflege ist ohne Frage

die ungenügende Bezahlung der Richter und Gerichtsbeamten.

Es ist menschlich verständlich, daß die stete Sorge um die Existenz dem Beamten häufig die Lust zur intensiven Arbeit nimmt. Ein einziger intensiv arbeitender Mensch ist mehr wert, als etliche andere. Der fiskalische Gesichtspunkt bei der Bezahlung der Beamten ist daher geradezu katastrophal und die dadurch erzielte Ersparnis ist mir sicher eine solche, in Wirklichkeit aber mit Rücksicht auf die weitreichenden Wirkungen einer mangelhaften Rechtspflege auf die staatliche Wirtschaft ein ungeheuerer Verlust. Was speziell die mittleren Gerichtsbeamten betrifft, so untersütze ich hier an dieser Stelle deren Forderung auf Hinausführen um einige Gehaltsstufen, die in dem gegenwärtig der Regierung und uns vorgelegten Memorial enthalten ist, eine Forderung, die ich für durchaus berechtigt anschaue.

Jedoch auch bei dem gegenwärtigen Stande kann vieles gebessert werden. Zur Belebung der Prozesse trägt vor allem die ständige Vertragung bei, welche zwar augenblicklich für das Gericht eine bequeme Erledigung ist, im Ergebnis jedoch den Richter und das Sekretariat mit erheblicher unnötiger Arbeit und das Sekretariat mit erheblicher Gründsatzes gefordert. Es muß genaue Beachtung des Gründsatzes gefordert werden, daß die Sache so weit und so erschöpfend erledigt wird, wie das im gegebenen Falle möglich ist. Wenn die Gerichte diesen Grundsatz immer beachten würden, würden sie durch Vermeidung des Leerlaufes der Maschine eine bedeutende Menge Zeit für produktive Arbeit ersparen. Es ist weiter zu fordern, daß die Ver-

handlungen genau vorbereitet werden. Im entgegengesetzten, leider sehr häufig anzutreffenden Falle ist die mündliche Verhandlung eine Farce und lediglich zwecklose Zeitvergessen. Mit besonderem Bedauern muß festgestellt werden, daß die erwähnten Verhältnisse sich im Laufe der Zeit nicht gebessert, im Gegenteil, eher verschlechtert haben. Insbesondere in den Berufungsinstanzen sind die Verhältnisse, welche eine zeitlang ganz extraglich waren, gegenwärtig geradezu beklagenswert. Wenn man sieht, daß in einigen Appellationsgerichten ziemlich schnell gearbeitet wird, dann können die fatalen Verhältnisse in anderen Gerichten nicht mit den allgemeinen Verhältnissen, welche doch überall die gleichen sind, entschuldigt werden. Nicht weniger wichtig, im Gegenteil wichtiger, als die schnelle Entscheidung der Prozesse, ist deren richtige Entscheidung. Auch die juristische Qualifikation der Urteile gibt leider häufig weiten Raum für die Kritik. Es soll sich das nicht auf das höchste Gericht beziehen, aber bei den unteren Instanzen trifft man häufig, leider sehr häufig, auf Urteile, welche sowohl was die Erforschung des tatsächlichen Materials, als auch die juristische Beurteilung angeht, sogar eine sehr milde Kritik nicht aushalten. Die Folge davon ist natürlich, daß alle auf diese Weise entschiedenen Sachen an die höheren Instanzen gehen und dadurch die Anzahl der Sachen unnötig vermehren. Auf besonders niedrigem Niveau steht in einigen Fällen die Rechtsprechung der Berufungsgerichten bei den Bezirksgerichten im früheren preußischen Teilgebiet. Ein Gericht, das, wie diese Kammer, eine Sache endgültig entscheidet, sollte deshalb den Fall um so genauer prüfen. Man hat jedoch den Eindruck, daß im Gegenteil der Mangel des weiteren Rechtsmittels häufig die Folge hat, daß die Kammer sich nicht durch das Gesetz gebunden fühlen. In dieser Materie muß eine Besserung durch entsprechende Befreiung der Prozeßgerichte, und zwar ohne Rücksicht auf das Dienstalter, durch die Besiegeln erfolgen. Leider zeigt sich auch hier die schlechte Wirkung der mangelhaften Bezahlung der Richter, weil gewöhnlich die Besiegeln aus der Justiz in die freien Berufe fliehen.

Urteile, welche dem Rechtsempfinden der Bevölkerung widersprechen, erschüttern das Vertrauen in die Rechtspflege. Tatsächlich hat sich auch bei dem Publikum

ein sehr ungünstiges Urteil über die Justiz

herausgebildet. Hierzu trägt auch leider die Behandlung des Publikums durch die Gerichte, welche nicht immer korrekt ist, bei. Obwohl die Prozeßordnung vorschreibt, daß die Partei gehört werden muß, selbst wenn sie durch einen Anwalt vertreten ist, wird den Parteien sehr häufig ausreichende Möglichkeit zur mündlichen Ausführung nicht gewährt. Besonders sündigen in dieser Hinsicht die Kreisgerichte, welche verpflichtet sind, die mit der Prozeßordnung nicht vertrauten Parteien zu belehren und alle Ausführungen mündlich entgegenzunehmen, welche jedoch gewöhnlich zu dem zwar sehr bequemen, aber ordnungswidrigen Hilfsmittel Zuflucht nehmen, den Parteien aufzutragen, ihre Ausführungen schriftlich einzurichten. Der Prozeß vor dem Kreisgericht spielt sich infolgedessen häufig so ab, daß eine mündliche Verhandlung überhaupt nicht stattfindet und der Richter den Prozeß auf Grundlage der von den Parteien schlecht angefertigten Schriftsätze entscheidet.

Das Publikum hat sehr häufig berechtigten Grund, sich über unhöfliche und rauhe Behandlung durch den Richter zu beschweren, der es ebenfalls oft nicht für notwendig hält, den Parteien das Ergebnis der Verhandlungen zu erläutern. Häufig sieht man solche Leute noch lange Zeit nach der Verhandlung herumstehen, da sie nicht wissen, was geschehen ist.

Besonderen Grund zur Klage hat häufig die deutsche Bevölkerung. Es ist bekannt, daß jeder, der erklärt, daß seine Muttersprache die deutsche ist, das Recht hat, die deutsche Sprache vor Gericht zu gebrauchen. Einige Richter, wenn sie schließlich auch die deutsche Sprache zulassen, setzen jedoch den Parteien zu, indem sie ihren Vorhaltungen machen, daß sie eigentlich polnisch sprechen müßten, und daß nur im Gnadenwege die deutsche Sprache zugelassen wird. In einem Falle ist ein Richter sogar so weit gegangen, daß er dem Angeklagten mit Verhaftung drohte für den Fall, daß seine Behauptung, er beherrachte die polnische Sprache nicht, sich als unwahr erweisen sollte.

Angesichts solcher Missbräuche muß an dieser Stelle mit aller Entschiedenheit hervorhoben werden, daß die deutsche Bevölkerung das gesetzliche Recht hat, ihre Muttersprache zu gebrauchen, unabhängig davon, wie weit sie die polnische Sprache beherrscht, daß die Zulassung der deutschen Sprache daher Pflicht des Richters ist und daher keine Gnade und daß alle, wenn auch nur mittelbare Beschränkung dieses Rechtes, eine Verlehnung des Gesetzes ist.

Schlimmer noch ist die Sprachenfrage in der Strafgerichtsbarkeit, zu der ich jetzt übergehe. Bei Verhandlungen in Strafsachen muß das Gericht, sofern der Angeklagte die deutsche Sprache gebraucht, entweder einen Dolmetscher zuweisen, oder mit dem Angeklagten in deutscher Sprache verhandeln. In diesem Falle sind dem Angeklagten alle verlesenen Schriftstücke, Zeugenaussagen usw. zu übersehen. Das findet gewöhnlich nicht in ausreichendem Maße statt, so daß der Angeklagte sehr häufig über den Verlauf der Handlung nicht informiert ist, was ihm natürlich die Verteidigung außerordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Mit Rücksicht auf die Tätigkeit der Organisation der Deutschen in Oberschlesien ist die Ausübung des Deutschtumsbundes durch die Behörden vorgegangen, das übersteigt alle Begriffe.

In diesen Fällen ist die Staatsanwaltschaft gewöhnlich nicht imstande, die Übelstäter zu fassen, obwohl sie öffentlich bekannt sind. Ich gebe Beispiele: unser Kollege, der Abgeordnete Franz, sowie zahlreiche andere Abgeordnete zum Sejm der Republik, sowie zum schlesischen Sejm, sind Überfällen der Aufständischen und anderer ähnlicher Bürger zum Opfer gefallen. Trotzdem die Presse die Namen der Übelstäter nannte, war der Staatsanwalt nicht imstande, diese zu fassen. Lediglich im Falle des Herrn Franz erfolgte fünf Monate nach dem Überfall eine Untersuchung. Trotzdem erkannte, sind seit dieser Zeit, dem November vorigen Jahres, die Untersuchungsbehörden untätig geblieben. Gegenüber verhält es sich mit zahlreichen anderen Terrorfällen. Wenn zuweilen eine gerichtliche Verhandlung stattfindet, steht es mit der Sache nicht viel besser. Charakteristisch ist der Überfall auf den Ingenieur Zweigelt, der in Siemianowice von uniformierten Aufständischen ungewöhnlich schwer geschlagen und verwundet wurde. Bei der gerichtlichen Verhandlung, die, wenn auch mit bescheidener Verspätung, nämlich anderthalb Jahre nach dem Überfall stattfand, erhielt der Hauptstatter ganze drei Wochen Gefängnis, leider jedoch mit Bewährungsfrist, so daß er in Wirklichkeit für einen so unerhörte schweren Überfall straflos ausgeht. Für den bekannten Vorfall in Bentzin, den die polnische Presse so begierig ausgebettet hat, offenbar deswegen, weil sie so selten eine ähnliche Gelegenheit hat, bei dem niemand so schwer verwundet wurde, wie im obigen Falle, der straflos geblieben ist, erhielt der Hauptstatter bei der gerichtlichen Verhandlung, welche zweieinhalb Monate nach der Tat stattfand, ein Jahr Gefängnis.

Ganz anders sehen die Urteile aus, welche gegen die deutsche Minderheit ergangen sind.

Im Prozeß gegen die Mitglieder des Volksbundes wurde auf anderthalb Jahre Festung erkannt. Dabei stellte sich das Urteil als so minderwertig heraus, daß bei der Revisionsverhandlung der Staatsanwalt beim höchsten Gericht selbst die Aufhebung beantragte. Wenn man zu geben muss, daß die Staatsanwaltschaft sich dadurch bemüht hat, das den Angeklagten durch das Verfahren der ersten Instanz zugefügtes Unrecht wieder gut zu machen, so kann man doch nicht umhin zu bemerken, daß es besser wäre, wenn die Staatsanwaltschaften bei den Gerichten erster Instanz solche Instruktionen erhielten und mit solchen Leuten beauftragt würden, daß Strafverfahren, welche die Kritik der Revisionsinstanz nicht ertragen können, überhaupt nicht begonnen würden. Noch ein für die Rechtspflege in Oberschlesien charakteristisches Beispiel will ich anführen. Im Jahre 1922 oder 1923 wurden wegen Spionage der Direktor von Hardt und andere verhaftet. Nach 14 Tagen wurden sie gegen Kavitation freigelassen. Bis auf den heutigen Tag warten die Genannten auf die Rückgabe der Kavitation. Über Urteile, wie das in Sachen des Volksbundes, kann man sich nicht wundern, wenn alle Schöffen beziehungswise Geschworenen Antifaschisten sind und wenn die Berufsrichter angehören der drohenden Aufhebung der richterlichen Unabhängigkeit die politische Behörde fürchten müssen. Die Auswahl der Schöffen beziehungswise Geschworenen findet überhaupt auch außerhalb Oberschlesiens nicht immer automatisch im Wege der vorgeschriebenen Reihefolge statt, sondern manchmal werden bequeme Schöffen ausgewählt. Dies ist eine schwere Verleugnung des Grundrechtes, daß eine Sache nur der gesetzlich berufenen Richter entscheiden darf.

Was die Aufhebung der richterlichen Unabhängigkeit durch die Dekrete des Präsidenten der Republik über die Gerichtsverfassung und über die Änderung der das Oberste Gerichtsverfassungsgericht betreffenden Vorschriften angeht, so haben wir es hier mit einer Sache zu tun, der wir besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen, wenn wir unser Verhältnis zum Justizetat feststellen. Denn es handelt sich bei dieser Aufhebung der Unabhängigkeit, welche durch sachliche Rücksichten auf die Organisationen des Gerichtswesens nicht hinreichend begründet ist, um nichts weniger, als um den Versuch der vollziehenden Gewalt, sich der Rechtspflege zu bemächtigen. Die Lage, die dann entstehen wird, wird man schwer mit dem Ausdruck "aufgelöste Demokratie" bezeichnen können, ein Wort, von dem jetzt viel die Rede ist, sondern man wird eher von aufgelöstem Absolutismus sprechen müssen. Es kann nicht auf von einem Parlament verlangt werden, daß es einem Ministerium, welches einen solchen Antrag auf die demokratische Verfassung des Staates vorbereitet hat, das Vertrauen ausspricht.

Ich habe vorhin von dem Prozeß gegen den Volksbund in Oberschlesien gesprochen, bei dem es mißlungen ist, eine ungesehene Tätigkeit der Organisation der Deutschen in Oberschlesien nachzuweisen. Das Gegentück zu diesem Prozeß ist in Posen und Pommerellen der bekannte

Prozeß gegen Scherff und andere Mitglieder des Deutschtumsbundes.

Über diese Sache ist schon viel geschrieben und gesprochen worden. Trotzdem aber werden wir nicht eher aufhören, von ihr zu sprechen, bis dieser Justizskandal nicht beseitigt ist. Der Ausdruck Skandal für die Behandlung dieser Sache durch die Organe der Rechtspflege ist noch sehr mild, denn wie in dieser Sache der Auflösung des Deutschtumsbundes die Behörden vorgegangen sind, das übersteigt alle Begriffe.

Scherff und andere Mitglieder des Deutschtumsbundes wurden wegen Spionage und Zugehörigkeit zu einem Vereine, dessen Tätigkeit gefährlich sei, angeklagt. Das Bezirksgericht in Konitz verurteilte Scherff und die Mehrheit der Angeklagten. Wer sich von dem Werte dieses Urteils überzeugen will, braucht nur das Urteil des höchsten Ge-

richts zu lesen, durch welches das erste Urteil aufgehoben wurde. Man kann sich keine vernichtendere Kritik eines Gerichtsurteils vorstellen, als es die Ausführungen des höchsten Gerichtes sind, welches der Revision der Angeklagten in jedem, aber auch in jedem Punkt Recht gibt. Um nur eine einzige Einzelheit aus dem unter jedem möglichen Niveau stehenden Verfahren anzuführen, erwähne ich lediglich, daß den Hauptbeweis die Verlesung von gewöhnlichen Abschriften von Berichten des Wojewoden von Pommern an die Staatsanwaltschaft und den Ministerrat bildete. Wenn man es nicht schwarz auf weiß lesen könnte, würde man nicht glauben wollen, daß sich ein Gericht gefunden hat, welches den Grundsatz der Unmittelbarkeit des Beweisverfahrens, welcher die Grundlage des neuzeitlichen Strafprozesses bildet und überhaupt jegliche Grundlage über die Beweiswürdigung so negieren konnte. Nach dem Urteil des höchsten Gerichts vergingen vier Jahre, bis eine neue Verhandlung vor einigen Wochen stattfand. In der Zwischenzeit wurde der Hauptangestellte Scherff, der nach langer Untersuchungshaft gegen Kaution freigelassen worden war, als Optant ausgewiesen. Scherff protestierte vor der Ausweisung entschieden dagegen, indem er darauf hinwies, daß ihn eine neue Gerichtsverhandlung erwarte. Nichts half alle Proteste. Der Mann, auf dem von allen angeklagten Mitgliedern des Deutschtumsbundes der schwerste Vorwurf lastet, den das Bezirksgericht in Königsberg in vierthalb Jahren Zuchthaus verurteilte, welcher eine lange Untersuchungshaft hätte, wurde zwangsläufig ausgewiesen. Bei der zweiten Verhandlung, welche vor kurzem stattfand, stand der Staatsanwalt ohne Beweismaterial da und stellte den Antrag auf Vertagung, um das in den Kellern des Bezirksgerichts in Thorn gesammelte Beweismaterial heranzuziehen. Das Gericht mußte den Staatsanwalt belehren, daß dieser Antrag erst nach besserer Vorbereitung berücksichtigt werden könne, nämlich dann, wenn diejenigen Dokumente, welche als Beweis dienen sollen, benannt würden. Auf diese Weise mußte der Prozeß vertagt werden, weil der Staatsanwalt innerhalb vier Jahren nicht imstande gewesen war, Beweismaterial zu liefern.

Kann man hier noch von Rechtsplege reden? Es scheint mir, daß niemand so kühn sein wird, diese ehrenvolle Bezeichnung auf ein Verfahren anzuwenden, welches mit Rechtsplege nichts zu tun hat, sondern nur ein Hilfsdienst ist für die politische Behörde, der seinerzeit diese leeren Behauptungen, die sie zu beweisen bis hente nicht imstande ist, ausreichten zu einer schweren Anklage der Organisationen der Deutschen in Polen und Pommern und zur Auflösung derselben durch die Polizeiorgane. Diese Auflösung wurde durch Klage an das wojewodschaftliche Verwaltungsgericht angefochten, diese Sache kann jedoch vor Erledigung des Prozesses gegen Scherff, der wiederum durch Schuld der Staatsanwaltschaft verdeckt wird nicht abgewartet werden.

Wie ist also in Kürze das Bild dieser Angelegenheit? Es fielen donnernde Anklagen wegen schwerer Verbrechen — jetzt vor fünf Jahren —, die ganze Welt wurde alarmiert, die Organisationen geschlossen. Dann aber, als es sich darum handelte, nachzuweisen, ob diese Vorwürfe auf Wahrheit beruhten und nicht aus den Fingern gesogen waren, als es sich darum handelte, den Angeklagten die Möglichkeit zu geben, vor Gericht ihre Unschuld nachzuweisen, da reichte der Zeitraum von fünf Jahren nicht aus, damit der Staatsanwalt bei der Verhandlung vorbereitetes Beweismaterial hatte. Fünf Jahre reichten nicht aus, um in dem Prozeß gegen den Deutschtumsbund auch nur in der Haupsache zur Erhebung der Anklage zu gelangen. Wenn solche Dinge geschehen, wer will sich dann wundern, daß wir gegenwärtig nur mit geringem Glauben hören, wenn man davon redet, daß man der deutschen Minderheit volle Gleichberechtigung zugeschenken will.

Keinen Beweis für unsere vielfach behauptete

Loyalität hat man erbringen können,

dagegen ist man ohne Beweis darangegangen, unsere Organisationen zu zerstören und die deutsche Minderheit auf andere Art zu verfolgen. Daher sehen wir, daß das Gerede von unserer Loyalität nur ein Vorwand ist, ersonnen, um die Verfolgungen zu bemanteln. Unsere Anklage aber an dieser Stelle ist, daß die Justizbehörden, anstatt ein Hort des Rechts und der Gerechtigkeit zu sein, bei dieser Verfolgung gehorsam Hilfe geleistet haben.

Diese Ausführung kann ich nicht beenden, ohne der Verfolgung der deutschen Presse zu gedenken. Das Pressedekret, welches sehr wichtig mit den Worten beginnt: „Die Presse ist frei“ hat eine Ara unaufhörlicher Verfolgung der Presse durch fortwährende Beschlagnahme und Gerichtsverfahren. Auch vorher war die Lage unserer Presse keineswegs rosig. Zahlreiche Prozesse und die ungewöhnlich schweren Strafen, auf welche vielfach erkannt wurde, zeugen von dem Martyrium der Presse, die ihre Pflicht erfüllt, die Rechte des deutschen Volkes zu verteidigen. Gegenwärtig jedoch bedeutet die Anwendung des Pressedekrets nichts weniger, als die Einführung der Präventivzensur. Dabei werden Zeitungen für Artikel konfisziert, welche in keinerlei Weise die Strafgesetze verletzen, lediglich deswegen, weil ihre Tendenz den politischen Behörden nicht gefällt. Den Reigen führt hierbei natürlich wieder Oberschlesien an. Dort ist in den letzten Tagen der „Oberschlesische Kurier“ für den Abdruck der Rede konfisziert worden, die der Vorsitzende unseres Klubs Herr Abgeordneter Naumann vor einigen Tagen von dieser Tribüne gehalten hat. Wenn die Verfassung bestimmt, daß für wahrheitsgetreue Berichterstattung über die Beratungen des Sejm niemand zur Verantwortung gezogen werden kann, so ist dies der Staatsanwaltschaft in Königshütte offenbar vollständig gleichgültig. So weit sind wir also in dieser aufgeklärten Demokratie gekommen, daß man nicht zuläßt, daß die Bevölkerung über die Beratungen des Sejm unterrichtet wird.

Es ist klar, daß eine solche systematisch gegen die deutsche Bevölkerung gerichtete Rechtsplege uns zur entschiedenen Opposition zwingt und unseren grundsätzlichen Standpunkt der Regierung gegenüber rechtfertigt, wie ihn bei der allgemeinen Debatte der Vorsitzende unseres Klubs erklärt hat.

Rheinlandräumung und Ostlocarno.

Berlin, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Paris wird hierher gemeldet, daß der polnische Außenminister Zaleski von Frankreich das Versprechen erhalten habe, die vorzeitige Rheinlandräumung werde von der Sicherung der Westgrenzen Polens abhängig gemacht werden. Berücksichtigt werden sein soll auch der Wunsch Polens auf Beurkundung des Ost-Locarno. Briand will in der September-Session des Völkerbundsrats die Frage der Westgrenzen Polens mit Stresemann besprechen.

Im Zusammenhang damit erklärt die „Tägliche Rundschau“, daß die Aktion Briands in dieser Frage auf entschiedenem Widerstand stoßen werde. Die Regelung dieser Angelegenheit sei ein allzu kompliziertes Problem, als daß es am Konferenztisch gelöst werden könnte.

Zaleski über die Deutschen in Polen.

In seinem Pariser Presseinterview äußerte sich der polnische Außenminister Zaleski auch über die Behandlung der Deutschen in Polen. Er behauptete, daß sich die Deutschen nicht zu beklagen hätten. Im Korridor gebe es nur sechs bis acht Prozent Deutsche, denen man keine Schwierigkeiten bereite. Schwierig sei dagegen die Frage der Sicherheit in Oberschlesien. Denn dort rufe der von deutschen Industriellen unterstützte Volksbund die größten Schwierigkeiten hervor. Zaleski behauptet, daß der Haager Schiedsgerichtshof sich fürzlich in der Schulfrage zugunsten Polens ausgesprochen hätte. Es gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Völkerbund sich um kleine Streitigkeiten zwischen Deutschland und Polen nicht kümmern würde. Das sei auch die Ansicht des Staatssekretärs von Schubert, der erklärt hätte, daß die deutsch-polnischen Beziehungen nicht gewinnen würden, wenn fortwährend Reibungen stattfänden.

Es ist tief bedauerlich, daß die Ausführungen des deutschen Abgeordneten im polnischen Sejm, Landrats a. D. Naumann, sowie die des Abgeordneten Rechtsanwalts Spicker anscheinend nicht bis zum Ohr unseres Außenministers vorgedrungen sind. Die deutsche Minderheit in Polen wird noch in sehr vielen Fällen nicht als gleichberechtigt behandelt, und wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Nichterteilung von Auflassungen bei Grundstücksauf, die Durchführung der Agrarreform in unserem Teilgebiet und alle die sonstigen Klagen der deutschen Minderheit in Posen und Pommern, die Abgeordneter Naumann öffentlich zur Sprache gebracht hat. Auch entspricht die Behauptung, es gäbe im Korridor nur 6 bis 8 Prozent Deutsche, nicht den Tatsachen, da jetzt, nach fast zehn Jahren intensiver Polonisierungarbeit in Pommern, die deutsche Liste bei den Sejmwahlen etwa das Dreifache des von Minister Zaleski angegebenen Prozentzahls auf sich vereinigte. Und dann sind es letzten Endes die Methoden der Behandlung der deutschen Minderheit in Polen gewesen, die ihre Zahl auf ein solches Maß — immerhin noch das von Herrn Zaleski angegebene — übertreffend — haben herabgesunken lassen.

Konferenzen bei Marschall Piłsudski.

Warschau, 15. Juni. (Eigene Meldung.) Gestern ist der englische Botschafter in Berlin Lindsay in Warschau eingetroffen, um eine Konferenz mit dem Marschall Piłsudski abzuhalten. Wie bekannt, wird Lindsay in nächster Zeit seinen Berliner Posten verlassen und das Unterstaatssekretariat im Foreign Office übernehmen. Der Konferenz Lindsay mit Marschall Piłsudski messen die politischen Kreise Warschaus eine ungewöhnlich große Bedeutung bei. Lindsay reist morgen nach Berlin zurück.

Die Konferenz des Marschalls mit dem Unterstaatssekretär Lindsay wird in Zusammenhang gebracht mit den Beratungen, die der Marschall sofort nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte mit einigen maßgebenden Persönlichkeiten abgehalten hat, und die — wie es heißt — aktuelle schwierige Angelegenheiten zum Gegenstand hatten. U. a. hat der Marschall gestern mit dem französischen Botschafter Laroché und dem Botschafter des Äußeren Wysocki konferiert.

Prüfung der Wahlmissbräuche.

Der Konflikt in der administrativen Kommission.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 15. Juni. Gestern beschäftigte sich die administrative Kommission des Sejm unter dem Vorsitz des Abg. Blakiewicz mit dem Antrag, eine außerordentliche Sejm-Kommission zur Prüfung der Wahlmissbräuche zu wählen. Hierüber bestand von Anfang an eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit zwischen den Blockleuten und den Vertretern der Opposition. Die Blockleute sprachen sich nämlich für ein Verfahren aus, das einer möglichst weiten Hälfte der Wahlmissbräuche der Wahl der Kommission gleichkam. Der Sejmmarschall Daszyński griff vermittelnd ein und schloß sich dem Standpunkte der Blockleute, der auch zugleich derjenige der Regierung ist, an. In der gestrigen Sitzung der Kommission nahmen der Abg. Bagiński (Wyzwolenie) und die Vertreter der nationalen Minderheiten in scharfer Weise gegen die vermittelnde Aktion des Sejmmarschalls Stellung. Die Mehrheit der Kommission verlangte die sofortige Wahl der außerordentlichen Kommission zur Prüfung der Wahlmissbräuche. Abg. Putek (Wyzwolenie) legte das Projekt eines Reglements der außerordentlichen Kommission vor. Es besteht aus acht Paragraphen. Im ersten wird die Aufgabe der Kommission bestimmt, die darin besteht, die Beschwerden über Missbräuche, welche von Behörden und Staatsbeamten in der Vorwahlperiode und in der Zeit der Feststellung der Wahlergebnisse begangen wurden, zu prüfen. Die Kommission hat aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden zu wählen. Ihr steht das Recht zu, neben anderen Personen auch Staatsbeamte zu verhören und außerdem in die Staatsakten Einsicht zu nehmen. Die Beweisführung leitet der Vorsitzende der Kommission, der auch die der Kommission vorgelegten Akten aufbewahrt. Die Kommission führt über ihre Tätigkeit ein Protokoll, das in der Sitzung abgefaßt werden muß. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit bezüglich des Modus der geführten Untersuchung steht dem Vorsitzenden das Recht zu, eine Sitzung zur Entscheidung der strittigen Frage anzuordnen. An einer solchen Sitzung dürfen nur Mitglieder der Kommission teilnehmen, wobei das Sejmreglement in Anwendung kommt.

Das auf die Wahlkommission bezügliche und der administrative Kommission des Sejm übermittelte Material soll spätestens am 20. Juni der außerordentlichen Kommission zugestellt werden. In allen amtlichen Angelegenheiten hat die Kommission mit den Organen der Staatsbehörden nur durch Vermittelung des ranghöchsten Vertreters der Verwaltungsbehörde im betreffenden Orte zu verkehren. Die Kommission ist verpflichtet, ihre Arbeiten bis zum 1. Oktober zu beenden und dem Sejm einen Bericht über diese Arbeiten mitzutragen. Den Anträgen vorzulegen, die den Gegenstand der Beratungen im Sejm bilden werden.

Meinungsverschiedenheiten im jüdischen Club.

Warschau, 13. Juni. Bei der Besprechung im Jüdischen Club über die Stellungnahme zum Budget trat eine scharfe Meinungsverschiedenheit zwischen der Gruppe Dr. Grübaum und der Gruppe Reich auf. Die Grübaumanhänger vertraten die Ansicht, daß das Budget abgelehnt werden müsse, während die Anhänger Reichs erklärt, daß man keine allzu starke Opposition üben dürfe, da falls die gegenwärtige Opposition ans Ruder käme, dies für die Juden nicht besonders gut wäre. Schließlich wurde jedoch mit Stimmenmehrheit beschlossen, gegen das Budget zu stimmen. Die galizischen Abgeordneten unterwarfen sich aber diesem Beschuß nicht, sondern enthielten sich der Abstimmung.

Als dann mit derselben Stimmenmehrheit gewählt wurde, erklärten die Abgeordneten der Reich-Gruppe, daß sie zwar dem Club weiter angehören würden, daß sie aber jede Verantwortung für die Folgen, die aus der beschlossenen Opposition entstehen könnten, auf den Abg. Grübaum abwälzen.

Einstellung des Gerichtsverfahrens gegen Abgeordnete.

Warschau, 15. Juni. PAT. Die Reglementscommission des Sejm, die gestern unter dem Vorsitz des Abg. Liebermann (PPS) tagte, faßte den Beschuß, im Sejmplenium mit dem Antrag auf Einstellung des Gerichtsverfahrens gegen die Abgeordneten Sosinski (Christl. Demokratie), Witos (Piast), Dubois (PPS), Ledwoch (Bauernpartei) und Płuta (Bauernpartei) hervorzutreten.

Die Kommission beschäftigte sich sodann mit dem Dringlichkeitsantrag des weißrussischen Klubs, nach welchem das Strafverfahren gegen die verhafteten Abgeordneten Staganowitsch und Greczki eingestellt werden soll. Auf Antrag des Abg. Rataj (Piast) erkannte die Kommission mit Stimmenmehrheit an, daß eine erneute Behandlung dieser Sache unzulässig sei und beschloß, diesen Standpunkt dem Sejmmarschall Daszyński zu unterbreiten.

Gründung des Reichstages.

Am Mittwoch Punkt 3 Uhr nachmittags trat der neu gewählte deutsche Reichstag zum ersten mal zusammen. Bei der Gründung der Sitzung durch den Alterspräsidenten Bock gedachten die Abgeordneten zunächst des schweren Eisenbahnglücks bei Siegelsdorf durch Erheben von den Plänen. Der Verlauf der Sitzung war ein ruhiger, teilsweise sogar ein humoristischer. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 462 Abgeordneten. Die vorliegenden Anträge wurden auf die Tagesordnung der Donnerstagssitzung gesetzt. Das Haus vertagte sich daraufhin auf Donnerstag und ging in heiterer Ruhe auseinander.

Wahl des Reichstagspräsidenten.

Berlin, 15. Juni. (PAT) Die gestrige Sitzung des Reichstages war lediglich der Wahl des Präsidenten gewidmet. Nach Gründung der Sitzung durch den Alterspräsidenten Bock meldeten die Sozialdemokraten die Kandidatur des bisherigen Reichstagspräsidenten Voeb zum Präsidenten des neuen Reichstages an. Bei der Abstimmung durch Stimmentzettel wurden von 445 Anwesenden 375 gültige Zettel abgegeben. Voeb erhielt 318 Stimmen, der Kommunist Thaelmann 46 und der Nationalsozialist Dr. Frick 11 Stimmen. Damit wurde Voeb zum Reichstagspräsidenten wiedergewählt. Bei der Übernahme des Vorsitzes hielt er eine kurze Ansprache, in der er ein Bild über die Hauptaufgaben des neuen Reichstages gab. Diese bestanden in der Wahlreform, in der Reform des Reglements und in der Lösung großer politischer Aufgaben. Seit 1920 habe Deutschland große Fortschritte gemacht, doch ein großer Teil der Arbeiten an dem Wiederaufbau liege noch vor dem neuen Reichstage. Diese Arbeit stehe im Zusammenhang mit den Auslandsverpflichtungen Deutschlands und im besonderen mit der Frage der Reparationen, die im laufenden Jahre die maximale Höhe erreichen. Nicht minder wichtig sei die Frage der Aufhebung der Besetzung der deutschen Gebiete. Deutschland mache anscheinend auf die Fremden den Eindruck des Wohlstandes, doch die Entschädigungslasten treten in der schweren Lage des Mittelstandes, der Bauern und Arbeiter in die Erhebung. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß es dem neuen Reichstage gelingen möge, die Reparationszahlungen herauszusetzen, den Okkupationstermin zu verkürzen und dadurch die Grundlage zur Fortsetzung der Politik der Versöhnung der Völker zu schaffen.

Nach der von der Mehrheit der Kammer mit Beifall ausgenommenen Rede schritt der Reichstag zur Wahl der drei Vizepräsidenten. Gewählt wurden zum Vizepräsidenten der Zentrumsabgeordnete Esser, zum zweiten Vizepräsidenten der Abg. von Kardorff (Deutsche Volkspartei). Bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten spielte sich der

Bromberg, Sonnabend den 16. Juni 1928.

Pommerellen.

15. Juni.

Graudenz (Grudziadz).

Die Reiseprüfung beim hiesigen Mädchengymnasium haben in der deutschen Abteilung alle sieben Prüflinge mit gutem Erfolge bestanden. Es sind dies: Maria Mielke, Hildegarde Kas und Gerda Reichert, alle drei aus Graudenz, sowie Gerda Vorherer-Michelau, Gerda Tihart-Rosgarten. Auch in der polnischen Abteilung bestanden sämtliche 22 Schülerinnen. Als Prüfungskommissar war Visitator Bielawski aus Thorn anwesend; ferner wohnte als Vertreter des Unterrichtsministeriums und der Universität in Posen Professor Dr. Leckowski-Posen dem Examen bei. Dieser sprach sich über die in beiden Abteilungen erzielten Resultate in der polnischen Sprache, die er festzustellen beauftragt war, sehr lobend aus.

Telephonverkehr Graudenz-Ostpreußen. Mit dem 15. Juni ist der telephonische Verkehr mit der Provinz Ostpreußen eingeführt worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch beträgt drei Goldfranken, außerdem wird als Innengebühr ein Betrag von 50 Groschen, zusammen somit 5,90 Goldfr. erhoben.

Der Mordprozeß, der zur Zeit vor dem hiesigen Bezirksgericht verhandelt wird, hat bereits einmal, im Jahre 1926, das gleiche Gericht beschäftigt. Damals wurden die beiden der Tat verdächtigen Personen, Stanislaw Lenkian und Michal Marcinkiewicz, zu lebenslanger Gefängnisstrafe verurteilt. Das Revisionsgericht in Warschau hat darauf auf den Appell der Verteidiger das Urteil aufgehoben und die Sache an das Bezirksgericht zur nochmaligen Verhandlung zurückverweisen. Die Mordtat ist bereits im November 1924 verübt worden, und zwar an der Inhaberin einer Gastwirtschaft Hedwig Strehlau und ihrem Sohn Lauterborn. Bei der festigen Verhandlung ist der Zuhörerraum dicht gefüllt. Am ersten Tage erfolgte das Verhör der Angeklagten, welche die Tat nicht begangen haben wollen, sich in ihren Aussagen allerdings widersprechen. Marcinkiewicz bezeichnet u. a. alles das, was er in der ersten Verhandlung und während der heutigen Voruntersuchung ausgesagt hat, als Lüge. Erst jetzt sage er die Wahrheit. Die Vernehmung der Angeklagten nahm den größten Teil der Mittwochverhandlung ein. Gegen Abend wurde mit dem Zeugenverhör begonnen.

Verschwunden ist seit dem 11. d. M. der in einer hiesigen Druckerei beschäftigte Sekretärlehrling Konstanty Szarka. Er ist am genannten Tage aus dem Elternhaus fortgegangen und bisher nicht zurückgeföhrt. Der junge Mensch ist 18 Jahre alt, mittelgroß, schlank und hat schmales Gesicht. Bekleidet war er mit braunem Überzieher und grauem Hut. Irgendwelche Nachrichten über den Verschwindenden erhielt die Polizei.

Zu einem Kellerbrande wurde Donnerstag nachmittag 2 Uhr die freiwillige Feuerwehr nach der Speicherstraße 17 alarmiert. Bei Eintreffen der Wehr war der unbedeutende Brand bereits von Hausbewohnern unterdrückt, so daß kein weiteres Eingreifen mehr notwendig war.

Einbruchsbiebstähle. Aus einem Keller des Hauses Marienwerderstraße 12 sind Lebensmittel im Werte von 600 Goldfr. entwendet worden. — Aus einem Stalle in der Bismarckstraße wurden 18 Hühner gestohlen. In beiden Fällen sind die Täter bisher noch nicht entdeckt worden.

Aus dem Kreise Graudenz, 18. Juni. Die Pferdefahrt an die Bistähle in der Klotzkener Gegend nehmen kein Ende. In der Nacht zum Mittwoch wurde im Dorf Klotzen, diesmal bei dem Landwirt Zieliński, in den Stall eingebrochen und das Pferd seines schönen, langen Schweises beraubt. Bisher ist es in keinem Falle gelungen, der frechen Täter habhaft zu werden. — Auf eine ergiebige Roggenernährte soll, worauf Landwirte aus Erfahrung hinweisen, der Umstand deuten, daß über den Roggenfeldern auf leichtem Boden bei der diesmaligen Blüte ungewöhnlich starke Blütenstaubwolken bei der geringsten Bewegung der Ähren sich erheben, ein Vorgang, den man seit langen Jahren in dem Maßstab nicht beobachtet haben will. Der Blütenstaub wehe in der Dictheit der von Autos aufgewirbelten Staubwolken über den Feldern. Hoffentlich bewahrheitet sich die frohe Voraussicht.

Thorn (Toruń).

Als Ehrenkonsul der Republik Peru für den Bezirk der Wojewodschaft Pommerellen erhielt Herr Felix Milobedski hier selbst das Exequatur des Herrn Staatspräsidenten.

Eine Zusammenkunft aller pommerellischen Starosten sowie der beiden Stadtpräsidenten von Thorn und Graudenz fand Dienstag hier selbst in der Wojewodschaft statt. Auf der Tagesordnung stand die Besprechung allgemeiner verwaltungstechnischer Angelegenheiten.

Die Vorschriften der Begeordnung macht der dt. Auf die Vorschriften der Begeordnung macht der Starost aufmerksam, wonach stets nur rechts gefahren und links überholt werden darf. Sofern der Weg nicht frei ist, darf nicht überholt werden. Die Polizeiorgane haben den strengen Befehl, auf Einhaltung dieser Verordnung zu achten und zu widerhandeln zur Bestrafung zu melden.

Zwecks Elektrifizierung des Landkreises Thorn, sowie der Landkreise Schlesien und Culm soll demnächst an den Ausbau der Überlandzentrale herangegangen werden. Auch die Stadt Neuenburg soll an das Große Werk angeschlossen werden. Zur Ausführung dieses Problems hat der Elektrifizierungsverband Thorn-Culm-Schlesien eine Anleihe von 150 000 Dollar erhalten, so daß die finanzielle Schwierigkeit behoben ist.

Das Königsstädtchen der Thuner Schützenbruderschaft, das am Sonntag begann, endete am Dienstag Nachmittag. Die Königsstürze erfuhr Herr A. Buchalik, erster Ritter wurde Herr W. Maćkowiak, zweiter Ritter Herr E. Stefanowicz. Zwischen 9 und 10 Uhr abends wurden die neuen Würdenträger unter klängendem Spiel und mit brennenden Fackeln von der Schützenbruderschaft vom Schießstand ins Schützenhaus geleitet. Den Schützenzug erwartete eine große Menschenmenge, die durch prächtige bengalische und Scheinwerfer-Beleuchtung der Breitestraße überrascht wurde.

Der Verkaufsstand im Stadtteil, am westlichen Ende der Fußgängerzone in der Nähe des ehem. "Waldbären" gelegen, wurde kürzlich abgebrochen. Da hier wiederholte Einbrüche vorgekommen waren, durch die der Pächter, ein Juvalde, schwer geschädigt wurde, sandt sich niemand mehr als Pächter. Vom Publikum wird das Eingehen dieser Verkaufsstätte bedauert.

Unpraktisch. Nach der vor Monaten erfolgten Verlegung des Autodroschenhalteplatzes von der Westseite des Rathauses vor die Front des Hauptpostamts ist der Telephonapparat für die Autobestellung immer noch an seinem alten Platz am Rathause verblieben. Bei einem Anruf müssen die Chauffeure immer erst über den Marktplatz laufen, um nachher auf denselben Wege zu ihren Wagen

zurückzukehren. Es wäre doch praktischer, den Kasten mit dem Telephonapparat nunmehr am Postamt selbst anzubringen.

In einem sehr schlechten Zustande befindet sich die Gerstenstraße von der Tuchmacher- zur Hospitalstraße. Hier hat die Straße keinen Bürgersteig und ist zudem derart uneben, daß das Regenwasser oft den ganzen Durchgang für Fußgänger versperrt. Da dieser Teil der Straße für Fußgänger (Spitalbesucher usw.) oft benutzt wird, wäre eine Abhilfe der Übelstände sehr erwünscht, zudem die Gerstenstraße im Zentrum der Stadt liegt.

Die Kirchhofstraße (ul. sw. Jezus) erhielt eine neue Schüttung, die besonders dem südlichen Bürgersteig vor dem Gelände der niedergerissenen Heilungsanstalt dringend not tat. Dieser Bürgersteig war seit der vor Jahren erfolgten Schleifung der Fortifikationsanlagen zum Teil garnicht gangbar, da hier sowohl Sand und Kies als auch Steine liegen geblieben waren.

dt. Neugetrichen wurden in diesen Tagen die Feuerwehrmelder, bei welchen die Farbe bereits verblieben war. Der neue Anstrich ist rot und gruell genug, damit er gleich ins Auge fällt.

Aus dem Landkreise Thorn, 18. Juni. Wie der Starost bekanntgibt, finden in den Tagen vom 7., 14. und 21. Juli Einziehungen von Reserveoffizieren statt und ist an diesen Tagen der Verkauf von Alkohol streng verboten.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Coppernicus-Verein. Morgen, Sonnabend, 16. Juni, Dr. Heim: Vortragsabend. Herr Archivrat Dr. Kęfer-Danzin, der zwecks archivischer Studien in unserer Stadt weilt, wird auf Einladung des Vereins über "den Ursprung der deutschen Hansa" sprechen, mit deren Geschichte auch das Geschick unserer Stadt eng verknüpft ist. Der Vortrag findet um 9 Uhr statt. Eintritt frei. Auch Gäste sind willkommen. (848)

Gdingen (Gdynia), 18. Juni. Ein Hirte verbrannt. In Wyshewin (Seeküstenkreis) brach in der neu erbauten Scheune des Siedlers Grabowski Feuer aus, in der vorläufig das Vieh untergebracht war. Der 12 Jahre alte Hirte hatte, da es kalt war und er in der Scheune schlief, Feuer in einem kleinen Ofen gemacht. Hier nach war er eingeschlafen, während das Stroh Feuer fing. Sowohl die Scheune, als auch das Vieh, zwei Kühe, eine Käse und vier Schweine sowie Geflügel und der Knabe sind in den Flammen umgekommen.

u Lautenburg (Siedlark), Kreis Strasburg, 14. Juni. Messerstecherei. In der Altstadt überfielen bis jetzt unbekannte Täter einen gewissen Bierai und versekten ihm einige Messerstiche ins Gesicht und in die Arme. Sein Zustand ist bedenklich. — An demselben Abend betraten einige total betrunken Männer das Lokal Scialkowski und verlangten Branntwein. Als man ihnen diesen nicht verabreichen wollte, fielen sie über den Besitzer des Lokals her und verprügelten ihn. Die Täter wurden von der Polizei festgenommen.

Neuenburg (Nome), 14. Juni. Nachdem im Weltkrieg die evangelische Kirche in Neuenburg außer den Glocken auch die Binnenteile ihrer Orgel hergegeben hat, ist es erfreulich, zu melden, daß durch sparsame Bewirtschaftung ihrer Geläutte die Gemeinde in absehbarer Zeit sich auch ohne besondere Sammlung neue Orgelteile beschaffen kann. — Der letzte Mittwoch-Wochenmarkt in Neuenburg brachte reichlich Butter zu 2—2,40 je Pfund, Eier zu 2—2,80 die Mandel. Kartoffeln wurden reichlich angeboten, weiße und rote mit 5,00, Industrie usw. mit 6,00 der Zentner. Alte Hühner waren zu haben mit 4—5,00 das Stück, junge mit 2,40 das Paar. Die Gemüse notierten: alte Zwiebeln 0,40—0,50 je Pfund, frische fünf Stück 0,20—0,30, weiße und farbige Bohnen 0,50—0,60, Spinat 0,40—0,50, Suppenpüppel 0,80—1,00, Stangenpüppel 1,80—2,00, Nhabarber 0,30—0,40 je Pfund, Sellerieknoullen Stück 0,10—0,30, Radieschen Bund 0,10. Am Mittwochmarkt kosteten Hähne 1,20—1,50, Weißfische 0,60—0,70, Aale

1,50—2,00, Barse 1,60—1,70, Zander 1,20 je Pfund. Holzangebote, größtenteils nur Knüppelware, wurden mit 10,00 je Wagen gemacht.

u Neumark (Nowemiaso), 18. Juni. Zum Starosten des Kreises Löbau mit dem Sitz in Neumark hat der Minister des Innern den bisherigen Leiter der Staroste Bederski ernannt. — Die staatliche Oberschreiberstelle Miśnia veranstaltet am Montag, 18. d. M. eine Submission für Kuhholz aus diesjährigem Schlag. Das Holz befindet sich in den Schubbezirken Kalig und Tegomice.

u Strasburg (Brodnica), 14. Juni. Holzverkauf. Die staatliche Oberschreiberstelle Miśnia veranstaltet am Dienstag, 19. Juni, vormittags in Rittelbruch (Rytelbruk) einen Holzverkauf. Zum Verkauf gelangt Nutz- und Brennholz. Gleichzeitig wird die erste Heuernte der Wiesen des Schubbezirks Rittelbruch abgetreten.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Warschau (Warszawa), 14. Juni. Festnahme eines Millionenschänders. Der Warschauer Polizei ist es gelungen, den schon lange gesuchten Schwindsünder Stanislaw Bajdel zu verhaften. B. der noch vor einigen Jahren Schwine in einem Dorfe bei Pawianice hütete, gesellte sich später einer Räuberbande zu, mit der er mehrere Räuberien und Einbrüche in den Ostgebieten ausgeführt hat. Das Räuberleben gefiel ihm aber nicht, und er versuchte auf eine andere Weise zu Geld zu kommen. Elegant gekleidet, mit den geschickt geplünderten Allüren eines vornehmen Mannes, trat er im vorigen Jahre in Warschau auf und machte die Bekanntheit des reichen Gutsbesitzers Oldakowski, der große Sympathie für Bajdel empfand. B. verkaufte an B. eins seiner vielen Güter und nahm dafür Wechsel von B. in Zahlung. Als im Herbst v. J. der Täglichkeitstermin der Wechself war, wurden die Wechsel natürlich nicht eingelöst. B. erschien nur auf dem Gute bei B. Diefer war aber schon in unbekannter Richtung verschwunden, nachdem er mehr als 100 Waggons Getreide und Kartoffeln verkauft und sämtliches Inventar verpfändet hatte. Trotz der Steckbriefe war B. nirgends zu finden. In Wirklichkeit lebte er aber unter einem anderen Namen in Warschau und verübte auch hier einige Betrügereien. Durch einen Zufall fiel er in die Hände der Polizei, als er bei einem Warschauer Notar einen Brief auf Abschluß wolle.

Bücherschau.

Das Innere der Zeitschrift "Ostland" ist erschienen und bringt als Eingang ein merkwürdig aktuell anmutendes Gedicht Joseph von Eichendorffs "An die Tiroler". Ein ausgezeichneter Aufsatz von Konrad Hahn-Berlin "Vom Wesen der Volkskunst" spricht einer bahnbrechenden neuen Auffassung vom künstlerischen Schaffen des Volkes das Wort. Dr. Schreiber läßt in dem Aufsatz "Vom auslanddeutschen Kalendermacher" in scharfer Charakterisierung die ganze bunte Fülle auslanddeutscher Jahrbücher an uns vorüberziehen, damit zugleich einen Spiegel des reichen Lebens in den weitreichenden Mittelpunkten solcher Arbeit gebend. Wiktor Kauder-Kattowitz kann von weit- und stiefreichenden Erfolgen des deutschen Büchereiwesens in Österreich und Galizien berichten. "Ostland" bietet auch in diesem Heft in Rundschau und Bücherschau wertvolle Anregungen und ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch den Ostland-Verlag in Hermannstadt-Sibiu, Rumänien.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant
im Café und auf den Bahnhöfen die
Deutsche Rundschau.

Graudenz.

Dienstmädchen | Eine junge hochtrag.
Ruh | verlaufen. B. Rieper,
Fletnowa, pocz. Grupa,
Junges, kinderloses
Ehepaar sucht
2-Zimmer-Wohnung.
nebst Zubehör
am liebsten Mitte der
Stadt. Miete 1 Jahr
voraus. Off. u. J. 8428
an die Geschäftsstelle
Kriede, Grudziadz.

Büro | am liebsten
Zeichen- 7627
Zuschniede-Aufsicht
für Damenleider er-
teilt. Bar, Różanna, 5,
Eingang Bäderstr.

Schlosserlehrlinge | der poln. u. deutsch. Spr.
mächtig, intelligent, sucht
Brock, Schlossermeister,
Toruń, 8250
sw. Dueha, 6—10.

Schulz. Mädchen | zu einjährigem Rinde
sucht Frau L. Steinborn
Miłosz b. Grudziadz,
8430

Wirtschaftsverband städtischer Berufe | Ortsgruppe
Deutsche Handwerker Grudziadz.

Sommerfest

am Sonntag, dem 17. Juni 1928 ab 3 Uhr
nachm. im Etabl. „Roter Adler“ in Dragash
unter freundlicher Mitwirkung der Vereine
Liederfestival, Männer-Turnverein und Sport-
Club, außerdem Instrumental-Vorträge,
Kinderbelustigungen, Preisziehen, Preis-
legen und Tanz. 8203

Eintritt p. Person 1 zl, für Familien: Haupt-
familie 1 zl, für jedes weitere zum Haushalte
gehörende Familienmitglied 0,50 zl, Kinder frei.

Eintritt wird nur gegen Vorzeigung der
Einladung gestattet. Anträge um Einladungen
sind an den Unterzeichneten, ul. Skuga 14 zu richten.

Der Vorstand

J. A. A. Butins.

Sportklub Grudziadz | Sonntag, den 17. Juni 1928,
vormittags 9 Uhr
auf der Ringchaussee Dusocin

Radrennen | im Verband der D. P. R. V.
1 km Meisterschaft
10 km Junioren-Fahren
50 km Meisterschaft

Julius Grosser

Gegründet 1867. Król. Jadwiga 18. Telefon 521.

Wäsche - Ausstattungen

in gediegener Ausführung.

Leibwäsche, Tischwäsche, Küchenwäsche,
Taschentücher, Steppdecken, Daunendecken,
wollene Schlafdecken, fertige Betten und Bezüge.
Bettfedern u. Daunen. Federdichte Bett-Inlets.
Gardinen, Stores u. Bettdecken. 626

Montblanc

Der Qualitäts-Füllhalter mit 14-kar.
Goldfeder in allen
Spitzenbreiten zu
haben bei 695

Justus Wallis,
Papierhandlung, Büro-
bedarf, Toruń,
ul. Szroka 34.

Reparaturen sämtlich.
Goldfüllfeder-Systeme
werden schnellster
ausgeführt.

ev. Südergasse
I. v. soj. eintreten. P.
Haberland, Toruń-Mokre,
Grudziadzka 170. 8433



Aufschnitt-Maschinen

für Haushalt u. Fleischereien empfohlen

Falarski & Radaika 6289

Telefon 561 Toruń Telefon 561

Zur Brahauer Regatta.

Abfahrt mit Dampfer am Sonnabend, 17. d. M., 8½ Uhr früh
nach Rudolf (Wendland) Abfahrt Stadtbahnhof 3 Uhr nachmitt.
Autobus 3, 11 Uhr an der

"Blauen Schürze". Fahrpreis 30 gr pro

Person. Tanz, Regeln, 8288

Preisziehen.

Der Vorstand.

Kampf zwischen dem deutschnationalen Kandidaten Abg. Graef, dem kommunistischen Abgeordneten Geschke und dem demokratischen Abgeordneten Baumer ab. Zum dritten Vizepräsidenten wurde der Abg. Graef gewählt.

Hierauf nahm der Reichstag ohne Diskussion den kommunistischen Antrag auf Haftentlassung des neu gewählten kommunistischen Abgeordneten Kippenberg an. Gegen den Antrag stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Christlich-nationale Bauernpartei. Die nächste Sitzung findet am Freitag nachmittag statt.

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung.

Berlin, 15. Juni. Nachdem die volksparteiliche Fraktion die Forderung gestellt hatte, daß „aus staatspolitischen Gründen“ die Große Koalition gleichzeitig im Reich und in Preußen gebildet werde, hat Hermann Müller mit dem Ministerpräsidenten Braun darüber Rücksprache genommen. Der preußische Ministerpräsident hat erklärt, daß die preußische Regierung es grundsätzlich ablehnen müsse, sich von den Parteien des Reichstags eine Umbildung des Kabinetts vorschreiben zu lassen. Damit würde ein verhängnisvoller Präzedenzfall geschaffen, und Preußen, das seit sieben Jahren sich einer völlig stabilen Regierung erfreue, laufe Gefahr, in das Hin und Her, das die Reichspolitik der letzten Jahre gezeigt habe, hineingezogen zu werden. Ein anderes sei es natürlich, aus staatspolitischen, die preußischen Verhältnisse berücksichtigenden Gründen die Große Koalition auch in Preußen herzustellen, wo sie nur durch die Deutsche Volkspartei aufgehoben worden sei. Einen deutlichen Hinweis darauf habe ja bereits die preußische Regierungserklärung im Landtag enthalten. Dieselbe Erklärung hat Braun gestern vormittag auch Dr. Stresemann abgegeben. Braun hat Hermann Müller noch erklärt, er würde geradezu eine Degradierung Preußens darin sehen, wenn die preußische Regierungsbildung von dem Einfluß der Parteien im Reiche abhängig gemacht werden würde.

Ablehnung eines Misstrauensvotums im Preußischen Landtag.

Berlin, 15. Juni. PAT. Das gegen die preußische Regierung im Landtag von den Deutschnationalen und Kommunisten eingebrachte Misstrauensvotum wurde mit 222 gegen 168 Stimmen abgelehnt. 33 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei enthielten sich der Abstimmung. Abgelehnt wurde auch der Misstrauensantrag gegen den Kultusminister Becker, der von der Deutschnationalen Fraktion eingebracht worden war.

Die amerikanischen Präsidentschaftswähler.

Hoover als Kandidat.

New York, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der republikanische Konvent in Kansas City beschloß, Hoover als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen.

Die Streitigkeiten, die sich zwischen Farmern und Industriellen seit längerer Zeit um die Präsidentschaftskandidatur abspielen, scheinen demnach beigelegt zu sein. Die Partei der Hoover-Freunde hat wahrscheinlich sich zu bedeutenderen Zugeständnissen an die amerikanische Landwirtschaft verstehen müssen, da diese in Opposition gegen Hoover war.

Mazedonische Tabakarbeiter rebellieren.

Athen, 14. Juni. Nach der Belegerung der Regierung, die Lohnforderungen der Tabakarbeiter zu billigen, brach am Dienstag im Haupttabakzentrum Mazedonien, Kamalla, der Streik aus. Im Laufe des Tages dehnte er sich auf Prawion, Xanthi, Drama, Komotini und Alexandropolis aus und droht nun auch auf Saloniki überzugehen. An einzelnen Orten kam es zu kommunistischen Ausschreitungen und blutigen Zusammenstößen mit Gendarmerie und Militär. So fand in Kamalla ein Massenaufmarsch statt, an dem sich, Zeitungsberichten zufolge, über zehntausend Arbeiter und Arbeitnehmer beteiligten. Erst nach einem Einschreiten berittener Gendarmerie wurde die Ordnung wiederhergestellt. Ebenso ist es in der Industriestadt Prawion zu Ausschreitungen gekommen. Streikende Arbeiter versuchten hier das Telegraphenamt zu besetzen, angeblich, um ihre Forderungen der Regierung direkt zu übermitteln. Sie wurden jedoch von Militär daran gehindert. Auch hier soll stark geschossen worden sein. Es gab Verwundete und Tote, über deren Zahl die Angaben schwanken. Es sollen zwanzig bis vierzig Personen verwundet und mehrere getötet sein. Auf Gründen des Gouverneurs von Mazedonien ordnete Kalewras die schleunige Verstärkung der bedrohten Gebiete durch das 3. Armeekorps an. In Athener Kreisen nimmt man an, daß die Unruhen von Sowjetagenten hervorgerufen wurden. Angeblich der Tatsache, daß heute die Regierung bestätigte, das Parlament aufzufordern, die russisch-griechische Pangalos-Konvention zu annullieren.

Ausdehnung der Unruhen.

Athen, 15. Juni. Mittwoch nachmittag sind auch die Tabakarbeiter von Saloniki in den Streik getreten. So mit erstreckt sich der Streik auf nunmehr über ganz Mazedonien und Westthrakien. Um unliebsamen Überraschungen vorzubeugen, sind alle wichtigen Plätze der Stadt militärisch stark besetzt. In Seres hatten Kommunisten mit Militär einen blutigen Zusammenstoß. Drei Soldaten sollen tödlich verwundet worden sein. Der Gouverneur von Mazedonien, Kalewras, erklärte dem Blatt „Ethnos“ gegenüber, daß die kommunistischen Wühlerien keine an Ausruhr grenzen. Die Kommunisten scheinen zu beachtigen, es aufs äußerste ankommen zu lassen. Die Tabakwerke sind sämtlich stillgelegt worden. Auch in Xanthi ist es zwischen Arbeitern und Militär zu einem zweistündigen regelrechten Straßengefecht gekommen, das an Ausmaß alle früheren Unruhen übertrifft. Nach den amtlichen Mitteilungen sollen sechs Tote und etwa 40 Verwundete, darunter einige Offiziere, zu beklagen sein. Zeitungsmeldungen zufolge wurde ein Mordversuch gegen den Gendarmeriekommandanten von Drama, Stavrianos, unternommen. Dem Attentäter gelang es, zu flüchten. Die Athener Presse nimmt allgemein an, daß es sich um einen planmäßigen Umsturzversuch der Kommunisten handle, und ruft die Bürger zur Selbstverteidigung gegen die „rote Gefahr“ auf.

Ein Betrüger verhaftet.

In einigen Bromberger Geschäften und Unternehmen trieb in der letzten Zeit ein Betrüger sein Unwesen und ernstete eine reiche Beute. Er stellte sich entweder als Olszewski oder als Kalinowski vor, gab sich an einer Stelle als Ingenieur aus, an anderer Stelle als Baumaster, an dritter als Bevollmächtigter großer Unternehmungen, an vierter als höherer polnischer Offizier – konnte aber vor allem eins ausgezeichnet: Schwindeln. Davon setzte er aber seine neuen Bekanntschaften nicht in Kenntnis. Das mußten sie ohne Vorstellung feststellen, als der Ingenieur-Baumaster-Major-Direktor verschwunden war – und mit ihm einige runde Summen.

Der Betrüger erschien u. a. in der Firma Paruszewski am Getreidemarkt und gab sich als Direktor der Pommerellischen Bädergesellschaft in Gödingen aus. Er forderte eine Oferthe für eine größere Lieferung von Drahtgeflecht an und versicherte der Firma nach Empfang der Oferthe, daß diese angenommen würde. Einige Stunden später erschien der Herr „Direktor“ in dem Geschäft, zeigte seine angeblich mit einem Major messer auf geschnittenen Jacke und behauptete, man hätte ihm die Brieftasche mit sämtlichem Bargeld gestohlen, so daß er nicht zurückkehren könnte. Der Geschäftsinhaber ließ ihm daraufhin anstandslos 100 Zloty.

Darauf unternahm der Betrüger ein gleiches Manöver in der Orgelbauanstalt Wybranski i Sp. in der Wilhelmstraße, wo er erklärte, der Baumaster Kalinowski zu sein, der augenblicklich die Garrisonkirche in Thorn erbaut. Er forderte einen Kostenanschlag für eine Orgel an, die in der Kirche errichtet werden soll. Die Firma machte sich augenblicklich daran, den Kostenanschlag anzuseiten, den der „Baumaster“ für annehmbar erklärte und versprach, nach Rückkehr nach Thorn den Auftrag zu übersenden. Nach kurzer Zeit erschien auch hier der Betrüger mit seiner aufgeschnittenen Jacke und gab an, im Hotel Adler einem Taschendieb zum Opfer gefallen zu sein. Die Orgelbauanstalt ließ ihm 250 Zloty.

Der Hochstapler wohnte längere Zeit mit einem gewissen Langner im Hotel Victoria, wo der eine sich als Major, der andere als Hauptmann angemeldet hatte. Beide aßen und tranken im Hotel, bis ihre Rechnung eine beträchtliche Höhe erreicht hatte. Dann verschwanden sie. Später gelang es dem Betrüger, sich auch in Privathäuser einzuschmuggeln und die Gastfreundlichkeit vieler Familien auszunutzen. In vielen Firmen stellte er sich als Baumaster vor, der den Kirchenbau in Soldau leite und wiederholte seine schon oben näher bezeichneten Betrugsmäuler.

Da der Polizei eine genaue Beschreibung unterdessen bekannt geworden war, konnten Kriminalbeamte bald bestimmte Spuren verfolgen und nahmen den raffinierten Betrüger fest, als er gerade im Buge Bromberg verlassen wollte. Angeblich heißt er Józef Stokowski und stammt aus Kongresspolen. Ob diese Angabe jedoch stimmen, ist bisher noch nicht festgestellt. Sein betrügerischer Kompagnon hat verstanden, unbemerkt Bromberg zu verlassen.

S Das Abiturientenexamen bestanden in der Zeit vom 12.–14. Juni vor der staatlichen Prüfungskommission folgende Oberprinzipal des biesigen deutschen Privatgymnasiums: Udo Bock, Heinz Beckmann, Elisabeth Fischer, Carl Heidensohn, Klara Herrmann, Hilda Klinger, Paul Riemer, Erwin Schmidt.

S Silberne Fünfzlotystücke. Die polnische Staatsmünze hat bereits mit der Prägung der neuen Fünfzlotystücke und Nickel-einzelzlotymünzen begonnen. Die neuen Münzen sollen bereits Anfang Juli in den Verkehr gebracht werden.

S Gummiträger für die polnischen Postbeamten. Die Gummiträger, die auch in Bromberg teilweise eingeführt sind, haben sich so bewährt, daß das polnische Postministerium sie demnächst in ganz Polen einführt.

S Zu dem rätselhaften Doppelmord in der Nähe von Mrotoschken ist noch mitzuteilen, daß es sich hier zweifelslos um einen Raubmord handelt. Die Annahme, daß hier vielleicht ein Rocheakt vorliegt, bestätigt sich nicht. Vor allen Dingen spricht dagegen die Tatsache, daß die Ermordeten zwei ruhige, enthaltsame Menschen waren, die sich eines guten Rufes erfreuten und keine Feinde hatten. Für einen Raubmord spricht auch, daß die beiden Fleischer, wie ihre Schwester befunden, gegen 3000 Zloty mitgenommen haben, die eingekaufte Ware jedoch, die sie auf dem Wagen hatten, nur einen Wert von etwa 1500 Zloty repräsentierte. Der Rest muß den Banditen in die Hände gefallen sein, da, wie bereits berichtet, nur 3 Zloty bei den Getöteten gefunden wurden. Ferner ist auffällig, daß bei den Toten keinerlei Ausweispapiere gefunden wurden, zumal sie solche mitgenommen haben müssen, da sie sich auf eine dreitägige Einkaufsreise begeben hatten. Die Polizei hat energische Nachforschungen angestellt, um den Tätern auf die Spur zu kommen. Außer der Polizei von Nakel und Mrotoschken arbeiten Kriminalbeamte aus Posen und Bromberg an der Aufklärung des rätselhaften Doppel- und Raubmordes.

In Aus dem Gerichtssaal. Wegen Kuppelsei hatten sich der Bädergeselle Josef Koppe und dessen Frau Stanisława K., beide von hier, vor Gericht zu verantworten. Der Angeklagte K. gibt an, von dem Vergehen seiner Frau erst Kenntnis gehabt zu haben, als er aus Frankreich hier zurückkehrte. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte für die beiden Angeklagten je einen Monat Gefängnis; das Gericht sprach Josef K. frei und verurteilte dessen Frau zu einem Monat Gefängnis mit Bewilligung einer Bewährungsfrist. — Der Kaufmann Alexander Sredni von hier wurde im vorigen Jahre von der ersten Strafkammer des Bezirksgerichts wegen betrügerischen Bankrotts zu drei Monaten Gefängnis oder 2000 Zloty Geldstrafe verurteilt. Er legte gegen das Urteil Revision ein mit der Begründung, daß in seiner Familie zur Zeit des Konkurses Krankheiten herrschten, deren ungeheure Kosten es ihm unmöglich machen, seinen Verpflichtungen den Gläubigern gegenüber nachzukommen. Da der Angeklagte diese Behauptung beweisen konnte, fällte das Gericht ein freisprechendes Urteil. — Wegen betrügerischen Bankrotts hatte sich der Kaufmann Ladislaus Grocynski von hier vor der ersten Strafkammer des Bezirksgerichts zu verantworten. Er ist beschuldigt, seinen Gläubigern eine höhere Partie Waren verheimlicht zu haben. Es ergibt sich, daß die Anzeige gegen den S. ein ehemaliger Angestellter, namens Tyma, veranlaßte. Dieser Tyma verbüßt gegenwärtig wegen eines Einbruchdiebstahls eine mehrjährige Buchhausstrafe. Unter diesen Umständen sprach das Gericht den Angeklagten S. frei.

S Achtet auf die Kinder! In diesem Jahre wird soeben der dritte Fall gemeldet, daß spielende Kinder allein am Ufer des Kanals oder der Brähe gelassen wurden und aus Unachtamkeit in das Wasser stürzten. Glücklicherweise kamen die Kinder noch immer gerettet werden, wie auch im letzten Falle, wo ein Passant das zweijährige Söhnchen der Familie Majer aus dem Wasser der Brähe holte. Hoffentlich achten die Eltern nunmehr besser auf ihre Kinder und

bringen sie nicht durch eigene Leichtsinnigkeit in die Gefahr des Ertrinkens.

S Ungetreuer Angestellter. Mit dem Fahrrad seines Chefs hat der Handlungsgeselle Miodowek Kalanaja das Weite gesucht. Alle Nachforschungen nach dem Verbleib des flüchtigen „Gehilfen“ waren bisher erfolglos.

S Ein eigenartiges „Gehilf“ betrieb der 19jährige Max Gert, indem er leere Pfässer stahl und sie dann in verschiedenen Geschäften für 10 bis 12 Zloty verkaufte. Beidesmal legte er „Bescheinigungen“ vor, daß die angebotenen Pfässer auch wirklich ihm gehören. Diese „Bescheinigungen“ hatten Stempel, die auf „A. Bydlinski, Bydgoszcz“ und „Stanisł. Skawiński, Poznań“ lauteten. Der hoffnungsvolle Handelsmann Gert wurde verhaftet. Geschädigte können sich im 1. Polizeikommissariat zur Entgegennahme ihres Besitzes melden.

S Einen Einbruch verübte am 12. d. M. der wohnungslose Handlungsgeselle Helmuth Sommerfeld. Er drang in verschiedene Geschäfte für 10 bis 12 Zloty verkaufte. Beidesmal legte er „Bescheinigungen“ vor, daß die angebotenen Pfässer auch wirklich ihm gehören. Diese „Bescheinigungen“ hatten Stempel, die auf „A. Bydlinski, Bydgoszcz“ und „Stanisł. Skawiński, Poznań“ lauteten. Der hoffnungsvolle Handelsmann Gert wurde verhaftet. Geschädigte können sich im 1. Polizeikommissariat zur Entgegennahme ihres Besitzes melden.

S Kurze Freunde erlebten die Diebe, die, wie gestern gemeldet, in die Wohnung der Frau Paschke in Brenkenhoff-Mühle eingedrungen waren und verschiedene Garderobe und Wäsche gestohlen hatten. Schon im Laufe des gestrigen Tages wurden die Einbrecher in den Personen der Obdachlosen Thomas Smigajewicz und Anton Krabanski, 27 und 22 Jahre alt, verhaftet.

S Gestern wurden im Laufe des gestrigen Tages drei Diebe, drei Trinker und eine flüchtige Person.

Vereine, Veranstaltungen ic.

D. G. f. A. u. W. Heute (Freitag), abends 8 Uhr, im Civikafino, Archivrot Dr. Erich Kiefer-Danzig: „Der Ursprung der Deutschen Hanse“. Eintrittskarten an der Abendkasse. (8450)

Ruder-Verband Posen-Pommern. Die 8. Ruderregatta findet am Sonntag, dem 17. Juni, nachmittags um 2.30 Uhr, auf dem Holzbahn in Brabian statt. An den 14 ausgeschriebenen Rennen werden sich 54 Boote mit insgesamt 302 Ruderern aus Danzig, Königsberg, Ebing, Breslau, Schneidemühl, Küstrin, Posen, Thorn und Bromberg beteiligen. Interessante Kämpfe sind zu erwarten. Während der Pauses findet Konzert statt. Begegnung mit Tamper, Eisenbahn und Auto zum Regattaplatz und zurück ist vorhanden. (8862)

Bernd für Jugendpflege. Sonntag, den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr Sommerfest im Volksgarten, Thorner Straße 157. Es werden Volkslände, Lieder zur Laute, Kreisspiele, Tropfenschlägen und andere Belustigungen dargeboten. Eintritt frei. (8421)

b. Mogilno, 14. Juni. Der Landwirtschaftliche Verein Dąbrowa hielt am 12. d. M. seine Monatsfahrt bei dem Gastwirt Binder in Parlinek ab. Der Vorsitzende, Landwirt Milbradt-Ruheim, eröffnete die Sitzung und erzielte Dr. Bern von der W. L. G. das Wort zu seinem Vortrage über Gründung eines Milchkontrollvereins, der eine lebhafte Debatte auslöste. Man beschloß, mit dem Ldw. Verein Mogilno zusammen einen Milchkontrollverein zu gründen. Als Vorsitzender wurde Rittergutsbesitzer Roth auf Zwirzien gewählt, als zweiter Landwirt Milbradt-Ruheim. Nach Beendigung dieser Angelegenheiten wurde eine Besichtigungsfahrt des Ldw. Vereins Dąbrowa nach der bekannten Schweinezucht in Strychowo beschlossen. Zum Schluss dankte der Vorsitzende den Rednern im Namen des Vereins und machte die erfreuliche Mitteilung, daß immer mehr Landwirte dem Verein beitreten.

S Posen (Poznań). 13. Juni. Ihren Mann zu erschicken versuchte eine Ehefrau, verletzte ihr Gegenüber jedoch nur leicht. Nach der Tat stellte sich die liebe Gattin selbst bei der Polizei. — Eine Frau erlebte wurde aus der Barthe bei Siegenhals geflüchtet. Der Name des Toten konnte bis jetzt nicht festgestellt werden. Man nimmt an, daß Selbstmord vorliegt. — Eine grüne Erregung entstand am Sonntag auf dem Bahnhofe, als, nachdem ein Beamter das Abschlagsignal für den Zug nach Katowitz gegeben hatte, plötzlich aus einem Fenster eines Abteils Schüsse auf diesen Beamten abgegeben wurden. Man hielt sofort den Zug an und das Zugpersonal durchsuchte ihn. Man fand endlich den Täter, einen Rückwanderer aus Frankreich, namens Martin Derbich, der, als er sich umgedreht sah, auf die Beamten zwei Schüsse abfeuerte und schließlich sich selbst in den Kopf schoss. In schwerverletztem Zustande wurde er ins städtische Krankenhaus geschafft. Man nimmt an, daß D. geisteskrank ist. — Einem Doppelstörftvorbeginn durch Vergiften mit Gas der 25-jährige Andreas Kwiatkowski aus Moschin und eine gewisse Bosia Baranowska aus Poręgowo. Die Tat wurde im Schuhgeschäft des Herrn Nowak auf der Bitterstraße 31 vollbracht, wo K. beschäftigt war. K. und B. waren verlost und wollten in nächster Zeit ein Ehebündnis eingehen. Die Motive der Tat sind unbekannt.

S Wohlstein (Wolsztyn). 14. Juni. In der Sitzung des Ortschulrates am gestrigen Nachmittag begründete der Schulleiter der evangelischen Schule seinen Antrag bezüglich der durch die Kreisschulinspektion verfügten Auflösung seiner Schule an die polnisch-katholische und Aufhebung der Selbständigkeit. Die Gelehrtdisziplin wurde durch Verlesung der bezüglichen Verordnungen des Ministeriums nachgewiesen. Da der Schulvorstand seine Zuständigkeit in der Angelegenheit bezweifelte, wurde der Antrag protokollarisch zur Kenntnis genommen. Der Kreisschulinspektor war nicht anwesend. Zum Schluss wurden bauliche Angelegenheiten, insbesondere die Außenrenovierung des evangelischen Schulgebäudes, beschlossen.

* Szum, 14. Juni. Vom Bliżerschlag wurde während des letzten Gewitters eine Frau aus Siejew bei Szum.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke (beurlaubt); verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heyde; für Anzeigen undstellungen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 125.

Wir machen unsere geschätzten Leser und ganz besonders unsere

Abonnenten auf dem Lande

höfl. darauf aufmerksam, daß die Postanstalten in ganz Polen außer den

vierteljährlichen Abonnements

auch

monatliche Abonnements

auf die „Deutsche Rundschau“ entgegennehmen.

Postbezugspreis für das 3. Quartal 1928 16.08 zt

Juli 1928 5.36

Statt Karten.

Donnerstag vormittag starb plötzlich am Herzschlag mein geliebter Mann, unser guter Bruder, Vetter, Neffe und Onkel, der

Kaufmann

Franz Rlettke

aus einem Leben voller Fleiß u. Bescheidenheit im Alter von 50 Jahren.

In tieftem Schmerz

Frau Ella Rlettke.

Bydgoszcz, ul. 20. stycznia 11, den 15. Juni 1928.

8441

Rondolenzbesuche dankend verbieten.

Beerdigung Sonnabend, den 16. Juni, 4 Uhr, Neuer evangelischer Friedhof.



Ganz unerwartet entschließt sich am Donnerstag, mittags 1/2 Uhr, unsere liebe gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Berta Manke geb. Rlettke

im Alter von 72 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Manke
Jordan.

Salto, d. 14. 6. 28.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt. 3710

Bydgoszcz Szubin
Telefon Nr. 965 Telefon Nr. 4

J. u. P. Czarnecki
Dentisten

Jagiellońska (Wilhelmstr.) 9.

Sprechstunden: 13229
durchgehend von 9 bis 5 Uhr.

Nutzt die Gelegenheit!

In der Zeit außerhalb der Saison empfiehlt

verschiedene Pelze

um 20% billiger die Firma 7030

„Futro“, Bydgoszcz, ul. Dworcowa 17.

Achtung! Wir geben langfristigen Kredit.

Erste Schlesische Jalousien-
u. Holzrouleurfabrik

Friedrich Werner, Inh. A. Perschle,

Kamienica 255 bei Bielsko

empfiehlt sich für die Herstellung von

Brettholzjalousien u. Holzrouleaux

in geschmackvollen Stoffen, 8425

autom. amerik. Leinen gradel-

u. Herbststoffselbstrollern.

Mavier - Unterricht

wird gründlich erteilt

Toruńska 180. 3703



WECK

Konservengläser und

Gummiringe, Sterili-

sierapparate und Saft-

gewinner sowie sämtl.

Zubehörteile sind die

anerkannt besten u. im

Gebräuch die billigsten.

Daher nur die Marke

WECK

Direkte

Waggonbezüge

ohne Zwischenhandel

ermöglichen billigste

Preise. 8426

Autorisierte

Verkaufsstelle

A. Hensel

Telefon 193 und 408.

Rinder

Weidet man am

geschmackvollsten

im Magazin bei

F. Szulcowa

ul. Gdanska 43.

Landbutter

ungefälzen, in

Fässern, offert billig

Wenta, Lotka 19.

3697

in verschieden. Farben

ständig auf Lager 7518

Ofenbaugeschäft

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Nachm. 3 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.

Natal, Borm. 10 Uhr

Gottesdienst. Dom.

10 Uhr. Gottesdienst.